

Gegen die Flucht in die Privatschule

Diskussion über Wege zur Bildungsgerechtigkeit

Von Sabine Hamacher

Die Positionen, scheint es, sind im Prinzip nicht so weit voneinander entfernt. Das mehrgliedrige Schulsystem ist ungerecht, da sind sich die Teilnehmer der Diskussion am Mittwochabend weitgehend einig. „Mein Kind nicht. Strategien gegen die Ökonomisierung von schulischer Bildung“ ist die Veranstaltung der Frankfurter Grünen im Theater Willy Praml in der Naxoshalle überschrieben, an der unter anderen Bildungsdezernentin Sarah Sorge teilnahm. Die Ausgangsfrage: Was treibt immer mehr Eltern der bürgerlichen Mittelschicht dazu, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken? Doch im Weiteren geht es dann eher darum, wie das bessere Schulsystem aussähe.

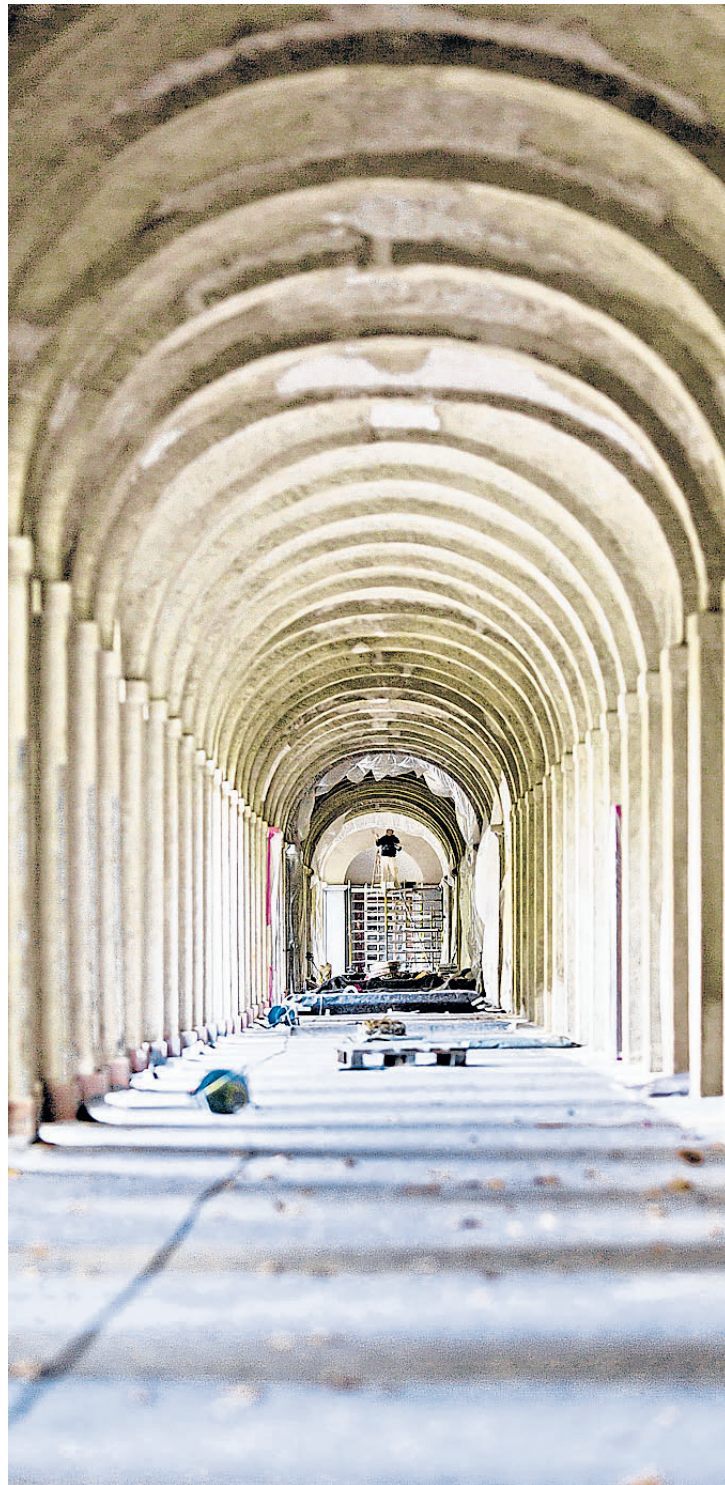
Für Helga Artelt, Leiterin der Friedrich-Ebert-Schule, einer integrierten Gesamtschule in Seckbach, ist klar: „Die Schule muss die Gesellschaft widerspiegeln, das tut das mehrgliedrige System nicht.“ Für die „glühende Verfechterin der IGS“, wie sie vorgestellt wird, kommt diese Schulform dem Idealfall des gemeinschaftlichen Lernens schon sehr nahe.

Christian Füller, Bildungsredakteur der Berliner taz, widerspricht: „Es gibt keine wirkliche Gesamtschule, das dreigliedrige System wird dort nur in Bonsai-Form nachgebildet.“ Auch in der IGS werde Selektion betrieben. Doch „an den Schulformen ändern wir nichts“, da gibt er sich im „babylonischen Schulgewirr“ Deutschlands keinen Illusionen hin. Für Füller geht es um die Frage: „Wie können wir dafür sorgen, dass die Benachteiligten da rauskommen.“ Und wohl wissend, dass er seine Gesprächspartner damit provoziert, schiebt er nach: „Die Privatschule ist für mich ein Weg.“ Sie müsse nicht zwangsläufig übersteuert sein, das andere Lernen dort könne eine Form sein, Gerechtigkeit zu erzeugen.

Dem will sich Hermann Avenarius, emeritierter Professor und Experte für Schulrecht, so nicht anschließen. Der Staat müsse für ein ausreichendes öffentliches Schulwesen sorgen, meint er.

Um neue Aspekte in die Diskussion zu bringen, plädiert Sorge für mehr individuelle Förderung und die Ganztagschule. Eine Einheitsschule ist für sie keine Lösung, sie wünsche sich Vielfalt.

„Produziert die Vielfalt nicht Unübersichtlichkeit?“, fragt Moderator Benjamin Pfeifer. Für Sorge liegt die Lösung darin, die individuelle Förderung zu erhöhen. Woraufhin eine Frau aus dem Publikum ruft, sie brauche nächstes Jahr eine Ganztagsbetreuung für ihre Tochter, weil sie berufstätig sei. Wenn der Staat die nicht biete, schicke sie ihr Kind auf die Privatschule. „Aber wenn er es hinkriegt, kriegt er meine blonde Bildungsbürgertochter.“



TUNNELBLICK In der Gruftenhalle des Hauptfriedhofs ruhen die Gebeine berühmter Frankfurter Familien wie derer von Brentano oder Bethmann. Seit Monaten wird das klassizistische Bauwerk restauriert. Über eine Million Euro hat die Stadt dafür bereitgestellt. Inzwischen sind die Sanierungsarbeiten schon weit fortgeschritten. Hier verputzt ein Arbeiter eines der vielen Deckengewölbe. (ft.)

F. RUMPENHORST/DPA

Für 50 Cent ins Museum

Mehr Kinder sollen den Kulturpass nutzen

Von Sabine Hamacher

KULTUR MIT KARTE

Der Ausweis ist kein „Armuts-pappendeckel“, sondern ein modern aussehendes Plastikkärtchen mit buntem Chagall-Bild vorne drauf. Darauf legt Götz Wörner großen Wert, der den Kulturpass vor vier Jahren entwickelt hat. Seitdem kann ihn beantragen, wer zum Beispiel Hartz IV oder Grundsicherung erhält oder gar wohnsitzlos ist, und damit für einen Euro ins Museum oder ein Konzert gehen. 6000 solcher Pässe hat der Verein „Kultur für Alle“ seitdem ausgegeben, rund 400 davon für Kinder.

Das ist Wörner, dem Vorsitzenden des Vereins, entschieden zu wenig. In Frankfurt lebten etwa 80 000 Menschen an der Armutsgrenze, darunter 27 000 Kinder – also jedes vierte Kind. Für die hat der Verein jetzt sein Angebot ausgeweitet und – rechtzeitig zum heutigen Weltkindertag – am Mittwoch vorgestellt. Wichtigste Neuerung: Der Pass nähert sich der Lebenswelt von Eltern und Kindern an und kann nun auch beim Kinderschutzbund oder beim Kinderbüro der Stadt beantragt werden. Rund 40 Stellen geben das bunte Kärtchen aus.

Aber auch beim Angebot hat sich etwas getan. Es gibt auf dem Portal des Vereins nun eine eigene Kinderseite mit Veranstaltungen, die speziell auf die Jüngsten zugeschnitten sind, etwa die Reihe Junge Konzerte in der Alten Oper. Der Verein versteht sein Portal laut Wörner als „Programmzeitschrift“. Hier finden sich Hinweise auf Veranstaltungen der rund 130 festen Kooperationspartner; sie halten ein bestimmtes Kartenkontingent für Inhaber des Kulturpasses bereit und tragen die Preisdifferenz. Weitere Angebote werden tagesaktuell vorgestellt.

Der Kulturpass richtet sich an Menschen, die zum Beispiel von Hartz IV oder Grundsicherung leben. Er ist zwölf Monate lang gültig. Bei mehr als 40 Stellen in Frankfurt kann der Pass beantragt werden, darunter sind jetzt auch Kinderschutzbund und Kinderbüro.

Wer den Ausweis besitzt, zahlt bei den Kooperationspartnern nur einen Euro (Kinder 50 Cent) Eintritt. Für die Städtischen Bühnen und die Alte Oper gelten Ausnahmen: Hier kostet der Eintritt drei Euro, schließt aber ein RMV-Ticket ein.

Mehr Info: www.kulturpass.net

Stefan Schäfer vom Bezirksverband Frankfurt des Kinderschutzbundes ist „froh über die Initiative“. Kultur sei ein „zentraler Aspekt der Teilhabe“, der Zugang zu ihr müsse niedrigschwellig sein. Am liebsten wäre ihm daher, wenn der Kulturpass in den Grundschulen ausgegeben würde, denn „da gehen alle Kinder hin“. Wichtig findet er auch, dass es Kulturangebote für die Kinder „im Kiez“ gibt – da, wo sie leben. Susanne Feuerbach vom Kinderbüro unterstreicht das und betont, dass es beim Kulturpass um „individuelle Wahlmöglichkeit“ gehe – in Ergänzung etwa zu Ausflügen ins Theater, für die die Stadt ja den Schulen Geld zahle.

Für den Verein jedenfalls schließt Kultur alles ein, „was der Mensch gestaltend schafft“, so Wörner. Niemand dürfe davon ausgeschlossen sein. Er selbst, ein einst wegen Insolvenz zum Sozialhilfeempfänger abgestiegener Musikproduzent, habe die Erfahrung gemacht, dass man in Frankfurt nicht verhungern kann. „Aber kulturell verdursten, das kann man.“

Ohne Frankfurt-Pass kein Tafel-Essen

Ungerechtigkeiten bei der Vergabe der Sozialleistung / Dezernat will Richtlinie überarbeiten

Von Katharina Sperber

FRANKFURT-PASS

Frank Bart ist sauer. Ende August geht der Student ins Sozialrathaus Sachsenhausen, um dort einen Frankfurt-Pass zu beantragen. Den bekommt er aber nicht, weil er kein Bafög bezieht. Damit sind ihm etliche soziale Vergünstigungen verwehrt. So wie anderen Menschen auch, die zwar arm sind und doch aus diversen Gründen keinen Frankfurt-Pass haben. Wollen sie sich beispielsweise bei der Frankfurter Tafel versorgen, werden sie dort weggeschickt, weil sie den Pass nicht vorlegen können.

Das Sozialdezernat wisse um die Probleme, sagt Manuela Skotnik, die Sprecherin der Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU). Das Dezernat wolle deswegen die Richtlinie, die die Vergabe des Passes regelt, in nächster Zeit „noch mal unter die Lupe nehmen“, um Ungerechtigkeiten

80 000 Frankfurter haben Anspruch auf einen Frankfurt-Pass. Die Einkommensgrenzen liegen bei Ein-Personen-Haushalten bei 869 Euro netto, bei Drei-Personen-Haushalten bei 1380 Euro.

Beantragen kann man den Pass in den Sozialrathäusern und bei den Besonderen Diensten des Jugend- und Sozialamts. Vorlegen muss man einen gültigen Reisepass oder Personalausweis, Mietvertrag, vollständige Einkommensnachweise und ein Foto.

in Zukunft womöglich vermeiden zu können.

Der Frankfurt-Pass ist eine freiwillige Sozialleistung der Stadt für Bedürftige, die mit dem Ausweis vergünstigte Monatskarten für den öffentlichen Nahverkehr, ermäßigten Eintritt in Museen, in Bäder, in den Zoo oder Palmengarten bekommen.

Frank Bart (Name von der Redaktion geändert) sagt, sein Einkommen falle unter die von der Stadt festgelegte Einkommensgrenze. Deswegen habe er auch geglaubt, dass er den Pass bekommen könne, sagt der Student. Bekommt er aber nicht, weil er kein Bafög bezieht. Das aber sei Voraussetzung für den Pass, habe ihm eine Sachbearbeiterin im Sozialrathaus falsch beschieden.

Sie könne den Ärger des Studenten verstehen, aber die Auskunft in Sachsenhausen sei richtig gewesen, sagt die Dezernats-Sprecherin Skotnik. Die Richtlinie über Vergabe des Passes schreibe das so fest. Denn wer einen Bafög-Bescheid vorlegen kann, dessen Vermögensverhältnisse und die seiner unterhaltspflichtigen Eltern seien umfassend geprüft. Darauf könne sich die Stadt verlassen. Die Frankfurter Verwaltung habe „kein Instrumentarium“, selbst solche Prüfungen anzustel-

len, sagt Skotnik. Ein Kontoauszug, wie ihn der Student vorgelegt habe, reiche nicht.

Ähnlich äußerte sich auch Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD), bei dem sich der Student beschwert hatte. Der Pass sei eine freiwillige Leistung der Stadt, die Haushaltlage lasse eine Vergrößerung des Kreises der Anspruchsberechtigten nicht zu. Aber, versprach Feldmann, er wolle sich für die Änderung der Einkommensgrenzen einsetzen.

Bart wird von der Sozialbehörde auf die Vergünstigungen verwiesen, die er als Student mit Studentenausweis auch erhalte: Semester-Ticket, vergünstigter Eintritt in etliche – aber nicht alle – Museen, in den Zoo und Palmengarten. Das reicht dem Studenten aber nicht, denn erstens zahle er dafür ja schon mit seinem Semesterbeitrag und freien Eintritt in Museen erhalte er nirgendwo, sagt er enttäuscht.